

Volksblatt

mer 38

Dienstag, den 8. Februar

Jahrgang 1927

Dr. Wirths „Nein“.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Wirth wird sich nicht darüber belassen können, daß man in der Zentrumspartei über ihn recht ungehalten ist. Daß ein Abgeordneter ein von seiner eigenen Fraktion beschlossenes Vertrauensvotum für eine Regierung, in der drei verdiente Parteifreunde und unter ihnen der Vorsitzende der Partei führende Positionen einnehmen, ablehnt, verstoßt so sehr gegen Brauch und Taft und ist eine solche Ausnutzung der Abstimmungsfrist, daß eine Klärung der Beziehungen Dr. Wirths zum Zentrum unbedingt notwendig ist. Auch in Baden, der von Wirth mit demokratischer Gesinnung besessenen Heimat des ehemaligen Reichstagsabgeordneten, hat man für seine Extratour im Zentrum kein Wort der Billigung übrig. In Baden ist Dr. Wirth in den Reichstag gewählt. Dort war er einst Finanzminister. Prälat Schöfer, der Führer des badischen Zentrums, ist sein väterlicher Freund. Der bisherige badische Staatspräsident Dr. Köppler ist auf Veranlassung Dr. Wirths als Reichsfinanzminister nach Berlin gerufen worden. In Baden ist auch im Herbst 1925 der erste Versuch zu einer Beilegung des ersten Falles Wirth gemacht worden. Ist es ein Wunder, daß man sich unter diesen Umständen auch durch die scharfe Haltung Wirths durch die Opposition dieses Zentrumabgeordneten gegen die Politik der mit einziger Ausnahme von ihm einmütigen Zentrumsfraktion, die ihm weitgehenden Einfluß auf die Vorbereitung der neuen Koalition eingeräumt hatte, besonders unangenehm berührt fühlt? Der „Badische Beobachter“, das Hauptorgan des badischen Zentrums und Sprachrohr des Prälaten Schöfer, gibt dieser Ablehnung offenen Ausdruck. Es veröffentlicht einen schwerlich ohne Zustimmung des badischen Parteiführers ersetzten Artikel gegen Wirth, nach dessen Inhalt man annehmen muß, daß nach der in badischen Zentrumskreisen herrschenden Auffassung das Verhalten Wirths nicht ohne Konsequenzen für ihn bleiben kann. In dem Artikel wird ausgeführt:

„Es ist zwar nicht das erste Mal, daß Dr. Wirth ohne jede Rücksicht auf seine Partei bei der Abstimmung sich für absonderliche, aber es ist wohl das erste Mal, daß er in der Fraktion für sich wirklich allein stand: niemand folgte ihm in dieser Tat. Niemand hatte Verständnis dafür. Auch in Baden, wo man Herrn Dr. Wirth immer in Zusammenhang mit der früheren Extratour nach Berlin, wo man seine Abstimmung vom Samstag nur mit Mißbilligung vernahm. Das badische Zentrum hat schon darüber, daß es Herrn Dr. Wirth, also einem seiner hervorragendsten Mitglieder, die Bahn freigegeben, um in die Regierung einzutreten, zu erkennen gegeben, welche Stellung es selbst einnimmt. Der erste Führer des Reichszentrums, Reichstagsabgeordneter Dr. Marx, hat die Regierung gebildet. Selbst der demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Haas anerkennt in der letzten Nummer der „Deutschen Republik“ den Erfolg der Reichstagsfraktion des Zentrums und warnt vor einer Politik der Demagogie. ... Wenn der Zentrumabgeordnete Dr. Wirth sich bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum der Stimme enthalten hätte, so hätte man darüber vielleicht hinwegsehen können. So aber muß man seine Abstimmung unter dem Gesichtspunkt der Parteidisziplin ganz anders betrachten. So wäre eine Partei hin, bei der ein so offener Disziplinbruch widerstandslos hingenommen würde! Bedenken müssen wir feststellen, daß die diesmalige Abstimmung Dr. Wirths weder bei der Parteileitung in Baden noch in den weitesten Kreisen der Zentrumspartei in Baden Billigung findet, vielmehr aus tiefster Bedauertheit wird. Der demokratische Abgeordnete Dr. Ludwig Haas schreibt in Nr. 15 der Zeitschrift „Deutsche Republik“:

„Es bleibt ein Verdienst des Zentrums, daß von Wirth und von Haas, daß die Deutschnationalen mit dem Ansehen der „Reichsblätter“ zu bedeutsamen außenpolitischen und innenpolitischen Zugeständnissen geführt wurden. Wer die Politik nicht rein demagogisch betreibt, darf nicht bei jeder Maßnahme anderer Parteien und bei jeder Erklärung gemäßigter Richtungen sofort von Täuschung und unehrlichen Manövern sprechen.“ Man meint, wenn ein Abgeordneter der demokratischen Partei so spricht, dann hätte es dem Zentrum als Abgeordneten, der ein Hauptverdienst daran hat, daß die Deutschnationalen sich zur Anerkennung der in Deutschland allein möglichen Politik bequemen, nicht unmöglich sein sollen, die Disziplin zu wahren. ... Wir können nur noch einmal feststellen, daß die Art und Weise, wie die Zentrumspartei und ihre Führung in der ganzen Angelegenheit der Regierungsbildung bis zum Schluß vorgegangen sind, nicht bloß jene Aktivität beweist, die man von ihnen schon aus der Partei heraus verlangt hat, sondern auch die Klarheit, Fleißigkeit und Energie, die von jeder die Gewähr des Erfolges boten. Um so bedauerlicher bleibt das „Nein“ des Herrn Wirth.“

Diese Ausführungen stimmen, wie man wohl behaupten darf, mit der allgemeinen Auffassung in der Zentrumspartei überein. Auch in der rheinisch-westfälischen Zentrumspartei kommt, soweit sie sich mit der Abstimmung Wirths befaßt, die gleiche Billigung zum Ausdruck, nicht ohne daß dem eigentlichen Wesen Wirths, seinem charakteristischen Temperament, weitgehend Rechnung getragen wird. Ein niederdeutsches Blatt bemerkt richtig, daß, was der Dr. Wirth halber erwähnt sei, den Umständen, daß Wirth Junggeselle ist. Und offenbar auf Grund seiner Gesinnung meint der betreffende biederer Zeitungsmann, wenn Wirth auch nur einige Jahre in verheirateter Ehe gelebt hätte, würde er leichter in der Lage sein, dem streitbaren Temperament Abzug zu legen. Auch wäre das beste Medikament, das Dr. Wirth verschrieben werden könnte, eine Gattin. Wir glauben, daß diese viel Saare auf den Rücken haben hätte, und wir sind nicht so leicht, daß wir dem kühnen Jünglings eine Zantippe wünschen.

Aber Scherz beiseite. Der Fall Wirth erscheint uns sowohl für ihn selbst wie für das Zentrum zu ernst, als daß man ihn mit heiteren Augen betrachten dürfte. Er erinnert an die Abstimmungen im Frühjahr 1925 im Preussischen Landtag. Damals gingen bekanntlich die Abgeordneten v. Papen und Koenig nicht mit ihrer Fraktion konform. Sie forderten im Gegenzug zu ihr eine Koalition mit der Rechten. Aber sie hatten damals nicht nur nicht den Einfluß auf die Kabinettsbildung, der Dr. Wirth eingeräumt worden ist, sondern sie hatten auch soviel Disziplin und Korpsgeist, daß sie nicht gegen das Kabinetts Braun stimmten, dem Mitglieder ihrer Fraktion angehörten. Sie nahmen deshalb an der Abstimmung nicht teil. Ihr Nichtteilnehmen war unangebracht, weil es auf ihre Stimmen ankam, aber es war auch zugegeben, daß sie aus dem inneren Konflikt, in dem sie sich befanden, einen Ausweg gefunden hatten, dessen Begehung zwar als Ausdruck der Meinungsverschiedenheit zu erkennen war, der aber doch nicht den von jedem Fraktionsmitglied in solchen Fällen zu fordernden Taft vermissen ließ. Eine ähnliche Handlungswiese würde man auch bei Dr. Wirth jetzt hingeworfen haben. Leider hat es bei ihm nicht zu dieser Selbstüberwindung gereicht. Und darüber kann nicht ohne weiteres zur Tagesordnung übergegangen werden. Das ist auch die Meinung der „Reinischen Volkszeitung“.

„Es ist selbstverständlich“, schreibt sie, „daß nunmehr eine unabweisende Klärung der Verhältnisse der gesamten Zentrumspartei des Reiches zu Dr. Wirth erfolgen wird. Bei Anerkennung seiner großen Verdienste und seiner bedeutenden Persönlichkeit wird es in der Partei als eine Unmöglichkeit empfunden, daß sich „Extratouren“ ständig wiederholen, noch dazu jetzt in der Gestalt, daß ein Abgeordneter der führenden Regierungspartei sich zur Opposition bekennt — ein unübersehbarer Widerspruch im System der parlamentarischen Demokratie.“

Keine geheimen Vereinbarungen oder Verhandlungen mit dem Vatikan.

Die Frage des Reichskonkordats.

(Berlin, 7. Februar.)

Den in der Öffentlichkeit immer noch verbreiteten Gerüchten über geheime Vereinbarungen mit dem Vatikan anlässlich der letzten Regierungsbildung ist mittlerweile sowohl von kirchlicher Seite als auch durch die Rede des Zentrumsführers v. Guérard im Reichstage am 4. Februar scharf entgegengetreten worden. Seitens der Regierung ist zu der Angelegenheit folgendes zu bemerken:

Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und dem Heiligen Stuhl über den Abschluß eines Reichskonkordats haben anlässlich der Bildung der neuen Reichsregierung nicht geschwebt. Diese Frage ist in keinem Stadium der Regierungsbildung überhaupt berührt worden. Im übrigen kann über die in der Vergangenheit liegenden Konkordatsverhandlungen folgendes mitgeteilt werden:

Das Problem einer Verständigung mit den kirchlichen Stellen über die vielfachen Wechselbeziehungen zwischen Staat und Kirche, soweit eine Reichskonkordatsfrage auf diesem Gebiete in Frage kommt, ist seit Erlass der neuen Reichsverfassung fast von allen Reichskabinetten ernstlich erwogen worden. Ein früheres vom Reichskanzler Dr. Marx geführtes Reichskabinet hat im Oktober 1924 beschlossen, die nötigen Vorarbeiten für ein Reichskonkordat wieder aufzunehmen. Aber auch Reichskanzler Dr. Brüning hat immer auf den Abschluß eines derartigen Konkordats Wert gelegt. Es darf ferner an die Erklärungen erinnert werden, die am 30. Juni 1920 zwischen dem verstorbenen Reichspräsidenten Ebert und dem beim Reich beglaubigten päpstlichen Herrn Nuntius gewechselt worden sind. Der Herr Nuntius hat damals bei Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens betont, es sei seine Aufgabe, in Berlin mit den zuständigen Stellen die Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Deutschland von neuem so zu regeln, wie es der neuen Lage und den heutigen Bedürfnissen entspreche. Herr Reichspräsident Ebert hat darauf erwidert, daß er mit dem Herrn Nuntius die Aufgabe, das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in Deutschland neu zu regeln, zu lösen gedenke. Das solle geschehen auf Grund der Verfassung der Republik, die vollste Gewissensfreiheit verbürge.

Der Fall Reudell.

Neue Angriffe Landsbergs.

Von unserer Berliner Redaktion.

(Berlin, 7. Febr. (Draht).)

In parlamentarischen Kreisen wird dem „Fall Reudell“ das größte Interesse entgegengebracht. Diese Angelegenheit bildet ungefähr das einzige Gespräch, das heute in der Wandelhalle des Reichstages geführt werden konnte. Sowohl aus politischen wie juristischen Gründen nehmen wir es ab, uns in das schwierige Verhältnismäßig einzulassen, das Reichskanzler Dr. Marx zur Klärung der peinlichen Angelegenheit eingeleitet hat. Die demokratische und sozialistische Presse aber erhebt, wie nicht anders zu erwarten, ein fürchterliches Geschrei und gleicht bereits allerhand Schläge, bevor auch nur ein Wort des Ergebnisses der Untersuchung bekannt ist. Selbstverständlich wirt sich der sozialdemokratische Abgeordnete Landsberg, der am vergangenen Freitag und Samstag die Beschuldigungen gegen den Minister v. Reudell erhoben hatte, jetzt auch zum Richter auf und erklärt im „Vorwärts“ frisch und frei, daß vorliegende Material rechtserhellend schon jetzt die Feststellung, daß Herr v. Reudell das Unternehmen des Herrn Kapp, das im Gegensatz zu ihm damals viele Deutschnationalen verurteilt hätten, nach Kräften gefördert habe. Auch wenn zu den unzweifelhaft feststehenden Tatsachen keine neue Belastung hinzukäme, müßte Herr v. Reudell als gänzlich ungeeignet zum Minister der Republik bezeichnet werden, ganz besonders an demjenigen Ministerium, dem der Schutz der Reichsverfassung und die Ausarbeitung des Gesetzes gegen die staatsfeindlichen Verbände anvertraut sei. Dieser Mann sei nicht würdig, in der deutschen Republik ein Amt zu bekleiden, noch weniger das eines Ministers, und am allerwenigsten das des Verfassungsministers.

Abg. Landsberg sollte als Jurist nicht so voreilig sein, er würde vielmehr besser daran tun, zu Reichskanzler Dr. Marx das Vertrauen zu haben, daß alles Erforderliche zur Klärung der Sache getan wird. Von der gleichen Auffassung läßt sich auch die Zentrumsfraktion leiten, die keinen Beschluß fassen wird, bevor das Resultat der Untersuchung bekannt ist. Die Fraktion läßt sich in ihrer Haltung auch nicht durch Kräfteinbrüche der Reichspresse beeinflussen, wie dies z. B. die deutschnationalen „Nachtausgabe“ des „Tag“ versucht. Dieses Blatt schreibt nämlich u. a.:

„Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat schon am vergangenen Samstag in der Sitzung des interfraktionellen Aus-

schusses der Regierungsparteien mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht daran denke, den Abg. v. Reudell aus dem Reichsinnenministerium zurückzuziehen.“

In diesem Fall wird wohl auch nicht so leicht gegessen werden, wie es gefocht wird. Er gibt sich wirklich ein schuldhaftes Verhalten des Innenministers v. Reudell, so müßte von Zentrumssseite aus ein ganz offenes Wort gesprochen werden. Einstweilen hat es aber den Anschein, als ob die Angelegenheit reichlich aufgeschaukelt worden sei. Denn die gleiche „Nachtausgabe“ macht auf folgende interessante Tatsache aufmerksam:

„Wie unsinnig und wie gewalttätig die Agitation der Sozialdemokraten gegen den Innenminister v. Reudell ist, ergibt sich daraus, daß dieselbe preussische Regierung, die den Landrat v. Reudell abgesetzt und ihm ein Disziplinarverfahren verweigert hat, am 22. Juli 1921 ihm die Stelle eines Regierungspräsidenten in Stettin angeboten hat. Die gleiche preussische Regierung steht aber heute wohl den Angriffen der Sozialdemokraten gegen den Innenminister wenigstens insofern nahe, als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion das sogenannte Material gegen den Reichsinnenminister nicht aus ihrem eigenen Archiv hätte schöpfen können.“

So stehen sich also deutschnationalen und sozialdemokratischen Ansichten gegenüber. Wir halten es für zweckmäßig, noch kurze Zeit Geduld zu haben, bevor wir ein Urteil abgeben. (Anschließend ist jedoch, wie die Bemerkungen unserer Berliner Redaktion hinzugefügt werden muß, der „Nachtausgabe“ insofern ein Irrtum unterlaufen, als v. Reudell nicht der Posten des Regierungspräsidenten, sondern die Stellung eines Ausschusses bei der Stettiner Regierung im Juli 1921 angeboten worden ist. Vergl. die nachfolgende Meldung. Die Redaktion.)

schusses der Regierungsparteien mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht daran denke, den Abg. v. Reudell aus dem Reichsinnenministerium zurückzuziehen.“

In diesem Fall wird wohl auch nicht so leicht gegessen werden, wie es gefocht wird. Er gibt sich wirklich ein schuldhaftes Verhalten des Innenministers v. Reudell, so müßte von Zentrumssseite aus ein ganz offenes Wort gesprochen werden. Einstweilen hat es aber den Anschein, als ob die Angelegenheit reichlich aufgeschaukelt worden sei. Denn die gleiche „Nachtausgabe“ macht auf folgende interessante Tatsache aufmerksam:

„Wie unsinnig und wie gewalttätig die Agitation der Sozialdemokraten gegen den Innenminister v. Reudell ist, ergibt sich daraus, daß dieselbe preussische Regierung, die den Landrat v. Reudell abgesetzt und ihm ein Disziplinarverfahren verweigert hat, am 22. Juli 1921 ihm die Stelle eines Regierungspräsidenten in Stettin angeboten hat. Die gleiche preussische Regierung steht aber heute wohl den Angriffen der Sozialdemokraten gegen den Innenminister wenigstens insofern nahe, als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion das sogenannte Material gegen den Reichsinnenminister nicht aus ihrem eigenen Archiv hätte schöpfen können.“

So stehen sich also deutschnationalen und sozialdemokratischen Ansichten gegenüber. Wir halten es für zweckmäßig, noch kurze Zeit Geduld zu haben, bevor wir ein Urteil abgeben. (Anschließend ist jedoch, wie die Bemerkungen unserer Berliner Redaktion hinzugefügt werden muß, der „Nachtausgabe“ insofern ein Irrtum unterlaufen, als v. Reudell nicht der Posten des Regierungspräsidenten, sondern die Stellung eines Ausschusses bei der Stettiner Regierung im Juli 1921 angeboten worden ist. Vergl. die nachfolgende Meldung. Die Redaktion.)

Die Untersuchung des Reichskanzlers.

◆ Berlin, 7. Februar.

Entgegen anderslautenden Mitteilungen der heutigen Presse hat der Herr Reichskanzler nicht erst heute, sondern bereits am vergangenen Sonntagabend nachmittag in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang in seiner öffentlichen Erklärung während der Reichstagsitzung vom Herrn preussischen Minister des Innern die Personalien des Herrn Reichsministers des Innern v. Reudell eingefordert. Die Verhandlungen werden nach Eingang dieser Mitteilungen mit aller Beschleunigung durchgeführt werden. Unrichtig ist ferner, daß seitens der Reichsregierung eine außerordentliche Kabinettsitzung der Reichsregierung mit der Führung der Untersuchung beauftragt werden sollte. (Nach dem „Berliner Volksanzeiger“ soll der bisherige Reichsinnenminister Dr. Kütz diese Persönlichkeit sein. Die Redaktion.) Vielmehr beabsichtigt der Herr Reichskanzler die Untersuchung persönlich durchzuführen. Sobald das Ergebnis zu übersehen ist, wird es der Herr Reichskanzler den in Betracht kommenden Stellen unterbreiten. Zur Sache selbst kann heute schon mitgeteilt werden, daß von der preussischen Regierung allerdings zum 1. Juni Herr Reichsminister v. Reudell nach dem Kapp-Putsch 1920 zur Disposition gestellt worden ist, aber bereits im Juli des folgenden Jahres vom Herrn preussischen Minister des Innern (vertreten durch Herrn Staatssekretär Freund) in Uebereinstimmung mit dem Herrn preussischen Finanzminister vorübergehend der Regierung in Stettin zur Leitung eines Ausschusses zur Feststellung von Kriegsschäden überwiesen und aufgegeben worden ist, seinen neuen amtlichen Wirkungskreis in Stettin sofort zu übernehmen.

Sozialdemokratische Fragen an den Reichsinnenminister.

Die Unparteilichkeit verlangt auch die Anklage gegen den Reichsinnenminister Dr. v. Reudell zu Wort kommen zu lassen. Zusammengefaßt werden die Vorwürfe, die gegen ihn außer seiner angeblichen Beteiligung am Kapp-Putsch erhoben werden, in folgenden Fragen, die der „Sozialdemokratische Pressedienst“ an den Minister stellt:

„Ist es nicht richtig, daß noch im Juli 1926 auf Ihrem Gute sich eine Schor von ungefähr vierzig Reuten aufhielt, die in Huteruniform, also in Windjacken und Mütze, in kleineren Trupps aus Berlin eingetroffen waren und auf Ihrem Gute empfangen, mit Obdach versehen und gepflegt wurden? Ist Ihnen ferner bekannt, daß der eine Führer dieser Leute der Herrmann a. D. Brückmann war, der in Berlin der Ortsgruppenführer des Reichsbundes „Olympia“ ist? Ihnen niemals bekannt geworden, daß der andere Führer des Trupps, Herrmann a. D. Warnack, ebenfalls in Berlin Führer der Ortsgruppe VIII des Bundes „Olympia“ gewesen ist? Sollten Ihnen ferner bei Ihrer immerhin in diesen Dingen einigermaßen umfangreichen Erfahrung niemals Gedanken gekommen sein, daß diese Leute, die sich aus den Angehörigen des „Olympia“ rekrutierten, tatsächlich nichts weiter gewesen sind, als eine illegale Versammlung des von der preussischen Regierung verbotenen und aufgekündigten Reichsbundes „Olympia“? Wie kommt diese von Ihnen behauptete Unkenntnis dieser Zusammenhänge mit der doch so gut bekannten und zugegebenen Freundschaft mit dem Herrn Obern a. D. Lüd, dem Führer der „Olympia“, überein? Erwinnern Sie sich noch, daß Ihnen damals schon Gedanken an die Verberberung dieser Leute aufstiegen weil Ihnen das Verbot des Bundes „Olympia“ bekannt war und diese Personen erst dann von den „Olympia“-Leuten dadurch herbeigeführt wurden, daß man Ihnen zusagte, man würde unter der Firma

